

II-1166 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5640 N

A N F R A G E

1993 -11- 26

des Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Radaraffäre Linz

Seit einigen Wochen liegt dem Innenministerium eine anonyme Anzeige über den Verdacht von Amtsmissbrauch im Bereich eines Linzer Bezirksinspektors bei der sehr individuellen Bearbeitung von Radaranzeigen vor: wiederholt seien Radaranzeigen gegen ein großes Autounternehmen verschwunden, als Gegenleistung habe der verantwortliche Beamte einen Gratis-Leihwagen übers Wochenende bekommen.

Aus der Linzer Polizei verlautet, daß dem Beamten nun in einem Fall eine Weisung an einem Untergebenen nachgewiesen werden konnte, die zur Niederschlagung einer Radaranzeige geführt habe.

In einem weiteren nun bekannt gewordenen Fall soll ein MOT-Beamter Teile des Kennzeichens aus einem Radarfoto gekratzt haben, um die Identifizierung des Geschwindigkeitsüberschreiters zu verunmöglichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wann und mit welchem Inhalt wurde dem Innenministerium die oben abgeführte Anzeige übermittelt?
2. Wurde eine Untersuchungskommission zu den vorgeworfenen Fällen eingesetzt? Wenn ja, wann? Welche Ergebnisse brachte diese Untersuchung im Detail? Welche Konsequenzen wurden deshalb gezogen? Wenn nein, warum nicht?

3. Welche Ermittlungsergebnisse wurden im Fall des Verdachtes des Amtsmissbrauchs, der Fälschung eines Radar-Fotos, der Niederschlagung von Radaranzeigen im Fall eines großen Autounternehmens jeweils im Detail zutage gebracht?
4. Konnten in Einzelfällen Geschenkkannahmen (etwa Leihwagen ...) nachgewiesen werden?
5. Lagen dem Innenministerium bzw. im Bereich der Linzer Polizei bereits in der Vergangenheit ähnliche Verdachtsmomente vor? Wenn ja, welche wann mit welchen Details? Welche Konsequenzen wurden in jedem Einzelfall gezogen?
6. Liegen aus anderen Bundesländern bzw. in Oberösterreich weitere ähnliche Verdachtsmomente bzw. Bericht vor? Mit welchen Maßnahmen will der Minister in Hinkunft derartige Vorkommnisse verhindern?